

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

November 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Barbara Mieth

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 29. November bis zum 05. Dezember 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

Einigung über Kernpunkte der Europäischen Bürgerinitiative

Bei den Vermittlungsgesprächen im Trilog von Europäischem Parlament, Rat und Kommission konnte das EP wesentliche Punkte durchsetzen. So wird die Zulässigkeit des Begehrens bei der Registrierung und nicht erst nach Sammeln von 300.000 Unterschriften durchgeführt. Die Organisation des Begehrens muss in der Hand eines Komitees von mindestens 7 Personen aus mindestens 7 Mitgliedstaaten liegen. Die Unterschriften müssen aus einem Viertel der Mitgliedstaaten kommen; dies liegt zwischen dem ursprünglichen Vorschlag von einem Drittel und der Forderung des EP von einem Fünftel.

Die Kommission wird eine Kontaktstelle und eine nutzerfreundliche Handreichung bereit stellen. Schwierig war die Frage der Überprüfung der Unterschriften. Dieses Verfahren soll nun den Mitgliedstaaten überlassen werden, während das EP für möglichst geringe Anforderungen eingetreten ist. Die übrigen Punkte sollen umgehend geklärt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101129IPR02728>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. EU-Russland-Gipfel am 07.12. in Brüssel

Die EU und Russland treffen sich zu ihrem 26. Gipfel zur Vertiefung ihrer Partnerschaft. Dabei wird es unter anderem um die "Partnership for Modernisation", Russlands Beitritt zur WTO und Kooperation im Energiesektor gehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/649&format=HTML&aged=0&language=EN&language=en>

b) Außenhandel

Neue Sicherheitsregeln für Zoll ab 2011

Für Waren, die in die EU importiert und aus der EU exportiert werden, gelten ab 2011 neue Sicherheitsvorschriften. Ab dem 1. Januar müssen den Zollbehörden Sicherheitsangaben per elektronischer Vorab-Anmeldung mitgeteilt werden. EU-Kommissar Algirdas Šemeta, zuständig für Steuern und Zollunion, sagte: "Der Zoll spielt heute eine wichtige Rolle für die Sicherheit der Bürger und des Handels. Mit Vorab-Sicherheitsinformationen können die Zollbehörden sich auf Lieferungen mit hohem Risiko konzentrieren und damit die Sicherheit erhöhen, ohne den zuverlässigen Handelsablauf zu verzögern.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9603_de.htm

b) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Steigender Bedarf an humanitärer Hilfe

Kristalina Georgieva, EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, und Raschid Chalikow, Direktor des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten (OCHA) in Genf, haben bei der Vorstellung des konsolidierten Spendenappells 2011 der Vereinten Nationen am 30.11. zu großzügigen Spenden aller globalen Akteure aufgerufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1626&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

II. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Arbeitslosenquote des Euroraums im Oktober bei 10.1%, EU bei 9.6%

Im Euroraum (ER16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Oktober 2010 bei 10,1%, gegenüber 10,0% im September. Im Oktober 2009 hatte sie 9,9% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2010 bei 9,6%, unverändert gegenüber September. Im Oktober 2009 hatte sie 9,4% betragen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (4,4%), Österreich (4,8%) und Luxemburg (5,0%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Acht Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote und neunzehn einen Anstieg. Die höchsten Rückgänge wurden in Deutschland (von 7,5% auf 6,7%), Malta (von 6,9% auf 6,2%), Schweden (von 8,8% auf 8,1%) und Finnland (von 8,7% auf 8,0%) beobachtet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/180&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Mittel aus Globalisierungsfonds im Falle Heidelberger Druckmaschinen

Der Rat stimmte am 29.11. der Vergabe von 8.31 Mio. EUR für die von der Firma Heidelberger Druckmaschinen Entlassenen sowie 2.5 Mio. für die von der slowenischen Textilfirma Mura European Fashion Design Entlassenen zu. Die Zustimmung des EP wird noch im Dezember erwartet.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/118091.pdf (Council Agri)

3. Zehn Millionen Nutzer des Europass-Lebenslauf bei Stellensuche

Nach jüngsten Erhebungen der Kommission stützen sich mehr als 10 Mio. Menschen bei der Stellensuche auf den Online-Lebenslauf „Europass“. Dieser bietet eine nutzerfreundliche Formatvorlage in 26 Sprachen, mit deren Hilfe Stellensuchende ihr Know-how und ihre Kompetenzen Arbeitnehmern in ganz Europa und darüber hinaus präsentieren können. Rund die Hälfte aller Europass-Nutzer ist jünger als 25.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1655&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.europass.cedefop.europa.eu/europass/home/hornav/Introduction.csp?loc=de_DE

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc46_de.htm

4. Bessere Einstellungschancen für Akademikern durch Teamfähigkeit

Aus einer neuen europaweiten Eurobarometer-Befragung von Arbeitgebern geht hervor, dass bei der Einstellung von Hochschulabsolventen die sogenannten „Soft Skills“ ebenso hoch eingeschätzt werden wie branchenspezifische Kenntnisse und die Fähigkeit, mit dem Computer umzugehen. Die große Mehrheit der befragten Arbeitgeber nannte als wichtige Aspekte bei Einstellungen in ihren Betrieben die Fähigkeit, gut in einem Team zu arbeiten (98 %) und sich neuen Situationen anzupassen (97 %), sowie Kommunikationsgeschick (96 %) und Fremdsprachenkenntnisse (67 %). Etwa 50 % der Unternehmen mit umfangreicher internationaler Geschäftstätigkeit halten Fremdsprachenkenntnisse für die wichtigste Qualifikation der Zukunft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1643&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/638&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/flash_arch_en.htm#304

5. Kommission leitet Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 ein

Um mehr Bürger zum Mitmachen aufzufordern, hat die Kommission am 02.12. das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 eingeleitet. Vizepräsidentin Viviane Reding, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Jean-Marc Delizée, belgischer Staatssekretär für soziale Angelegenheiten, und Marian Harkin, Mitglied des Europäischen Parlaments, stellten das diesjährige Motto vor: „Mach mit beim Freiwilligendienst!“

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1640&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

www.europa.eu/volunteering

b) Gesundheit

1. Gemeinschaftsverfahren für Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln

Der Rat verabschiedete am 29.11. nach Einigung mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur hinsichtlich der Pharmakovigilanz von Humanarzneimitteln. Ferner beschloss er eine Änderung der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel hinsichtlich der Pharmakovigilanz. Nach diesen Neuregelungen werden die Meldepflichten bei Nebenwirkungen von Arzneimitteln verschärft. Die Anforderungen an die Produzenten werden erhöht und die Europäische Arzneimittelagentur bei der Durchführung gestärkt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st17/st17054.en10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00046.de10.pdf> (Verordnung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16475.de10.pdf>

2. Kartelluntersuchungen bei Pharmaunternehmen

Die EU-Kommission bestätigte, dass sie am 30.11. unangekündigte Inspektionen bei einigen Pharmaunternehmen in mehreren Mitgliedstaaten vorgenommen hat. Hierzu gehört nach Presseberichten der schwedisch-britische Konzern Astra-Zeneca, der mit den Behörden zusammen arbeiten wolle. Hintergrund sei der Verdacht der Behinderung des Verkaufs billiger Nachahmerprodukte. Nicht betroffen seien die Konzerne Boehringer Ingelheim, Bayer, Glaxo Smith Kline, Sanofi-Aventis und Pfizer.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/647&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Droge Mephedron verboten

Die EU-Justizminister verboten am 03.12. europaweit die ecstasyähnliche Droge Mephedron. In Deutschland, Österreich und 13 weiteren Staaten war sie schon bisher verboten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/646&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16523.de10.pdf> (Beschluss)

4. Kommission fordert mehr Aids-Tests

Zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember hat EU-Gesundheitskommissar John Dalli mehr Prävention und HIV Tests gefordert. Schätzungen zufolge weiß in Europa etwa jeder dritte HIV-Infizierte nichts von seiner Infektion. Gleichzeitig kündigt die Kommission eine Erhöhung der Beiträge zum Globalen Fonds zur Aidsbekämpfung auf insgesamt 1,3 Milliarden Euro an. Die Zahl der HIV-Infizierten beträgt weltweit 33,4 Millionen. Am schlimmsten betroffen sind die afrikanischen Länder südlich der Sahara, wo 71 Prozent aller HIV-Neuinfektionen im Jahre 2008 auftraten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1628>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Dresdner Weihnachtsstollen anerkannt

Die Kommission nahm die Bezeichnungen "Dresdner Christstollen / Dresdner Stollen / Dresdner Weihnachtsstollen" ebenso wie die spanische "Pimiento de Gernika" oder "Gernikaka Piperra" in das Verzeichnis der geschützten geografischen Angaben auf.

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index_en.htm

b) Landwirtschaft

1. Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik

Kommissar Dacian Ciolos präsentierte am 29.11. im Rat Landwirtschaft die Mitteilung der Kommission „Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen“. Die meisten Delegationen sahen darin eine gute Basis zur Vorbereitung der Diskussionen über die Legislativvorschläge, die für Juli 2011 erwartet werden. Ein informelles Treffen der Präsidentschaft am 21.09. in La Hulpe (Belgien) hatte bereits eine starke Unterstützung für die Beibehaltung von zwei Säulen in der Agrarpolitik ergeben.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/118091.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16348.de10.pdf> (Mitteilung der Kommission)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st15/st15339.en10.pdf> (Informelles Treffen)

2. Konsultation zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Die Kommission hat am 23.11. eine Konsultation zur Reform der Agrarpolitik gestartet. Die Ergebnisse sollen in die allgemeine Folgenabschätzung einfließen, die die Kommission im Sommer 2011 veröffentlichen will. Beiträge können bis zum 25. 01.11 eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/consultation/index_de.htm

3. Verordnung gegen Vermarktung von illegal geschlagenem Holz in Kraft

Die Verordnung vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen ist am 02.12. in Kraft getreten. Die Umsetzungsfrist endet am 03. März 2013. Alle Marktteilnehmer müssen sowohl für Holz aus der EU als auch für Holz- und Holzzeugnisse aus Drittländern nachweisen, dass die Vorschriften des Herkunftslandes gegen illegalen Holzeinschlag eingehalten worden sind. Dies beinhaltet lückenlose Aufzeichnungen in der Handelskette. Holzzeugnisse aus Ländern, die im Rahmen der FLEGT-Initiative (Forest Law Enforcement, Governance and Trade - Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel) freiwillige Partnerschaftsabkommen mit der EU geschlossen haben, gelten im Sinne der Verordnung als legal.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1656&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32010R0995:DE:NOT>

http://ec.europa.eu/environment/forests/illegal_logging.htm

4. Veterinärabkommen mit der Schweiz

Der Rat billigte am 29.11. eine Änderung des Abkommens zwischen der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen wonach die Übergangsfrist für Trichinenuntersuchungen in kleinen Schlachthäusern in der Schweiz bis 31.12.2014 verlängert wird.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/118091.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15674.de10.pdf>

c) Fischerei

Fangmöglichkeiten in der Ostsee (2011)

Der Rat verabschiedete am 29.11. die Verordnung zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee (2011). Gegenüber 2010 werden die meisten Fangmöglichkeiten beschränkt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15986.de10.pdf>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Steuern

Ausnahme für Mehrwertsteuererhebung in Italien

Der Rat fasste einen Durchführungsbeschluss wonach Italien gem. Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 168 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem bei nicht ausschließlich beruflich genutzten Kraftfahrzeugen die Mehrwertsteuererstattung einschränken kann.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15941.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16107.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16107-ad01.de10.pdf>

b) Wettbewerbsrecht

1. Kommission untersucht mögliche Kartellrechtsverstöße durch Google

Die Kommission hat beschlossen, ein kartellrechtliches Prüfverfahren gegen Google Inc. wegen des möglichen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung in der Online-Suche unter Verstoß gegen die europäischen Kartellrechtsvorschriften (Artikel 102 AEUV) einzuleiten. Die Einleitung des Verfahrens folgt Beschwerden von Anbietern von Suchdiensten über die Benachteiligung ihrer Dienste in den unbezahlten und bezahlten Suchergebnissen von Google, zusammen mit der möglicherweise bevorzugten Platzierung von Googles eigenen Diensten..

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1624&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Weniger aber gezielte Beihilfen trotz krisenbedingter Mehrausgaben

Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2010 genehmigte die Kommission Maßnahmen der Mitgliedstaaten für den Finanzsektor im Umfang von insgesamt 4589 Mrd. EUR gemäß der Herbstausgabe des Beihilfenanzeigers. Die von den Finanzinstituten 2009 tatsächlich in Anspruch genommene Hilfe beläuft sich auf 1100 Mrd. EUR; den Löwenanteil (76 %) bilden staatliche Darlehen bzw. Garantien zur Aufrechterhaltung der Interbankenfinanzierung. Rekapitalisierungen belaufen sich hingegen auf 12% und Entlastungsmaßnahmen auf 9%. Die nicht krisenbedingten Beihilfen hielten sich 2009 mit 73,2 Mrd. EUR bzw. 0,62 % des BIP insgesamt auf gleichbleibendem Niveau, wobei ihr Schwerpunkt sich weiter auf horizontale Ziele, wie Forschung und Entwicklung, Umweltschutz und KMU-Förderung, verlagerte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1635&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/studies_reports/studies_reports.html

3. Übernahme einzelner Karmann-Sparten durch VW genehmigt

Die Kommission hat die geplante Übernahme bestimmter Geschäftsbereiche des deutschen Kfz-Zulieferers Karmann durch Volkswagen genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1622&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_5995

4. Auflagen für Erwerb des Chemieunternehmens Cognis durch BASF

Die Kommission hat den geplanten Erwerb des deutschen Chemieunternehmens Cognis durch BASF genehmigt. Der Beschluss wurde unter der Auflage erlassen, dass Aktivitäten im Bereich Hydroxymonomere veräußert werden. Dabei handelt es sich um chemische Produkte, die in Beschichtungen und Klebstoffen verwendet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1630&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_5927

5. Beteiligung der Schweizerischen Post an deutscher meiller direct GmbH

Die Kommission hat die von den beiden Postgesellschaften Österreichische Post und Schweizerische Post geplante Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über das deutsche Direktmarketing-Unternehmen meiller direct GmbH genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1629&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_6023

6. Erweiterung der Tätigkeiten von Ashland-Südchemie Kernfest GmbH

Die Kommission hat ein geplantes Rechtsgeschäft genehmigt, im Rahmen dessen die Süd-Chemie AG und Ashland Inc. den Großteil ihres Gießereiproduktgeschäfts auf ihr Gemeinschaftsunternehmen Ashland-Südchemie Kernfest GmbH („ASK“) übertragen wollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1623&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_5992

7. Grünes Licht für Wittur-Übernahme durch Triton

Die Kommission hat die Übernahme der Wittur-Gruppe, einem deutschen Hersteller von Aufzugskomponenten, durch die Investmentgesellschaft Triton genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1649&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_5991

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Stabilität der Eurozone nicht in Gefahr

Vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments erklärte EZB-Präsident Trichet am 30.11., dass er in der Schuldenkrise nicht mit einem Dominoeffekt rechne. Er zweifle nicht an der Stabilität der Eurozone. Auch die Frage einer Umschuldung stelle sich nicht. Sowohl Griechenland als auch Irland seien zahlungsfähig. Notwendig sei aber eine stärkere Haushaltsaufsicht mit strengeren Kriterien und quasi-automatischen Sanktionen. Er hoffe, dass das EP den Vorschlag der Kommission aufbessere. Zu begrüßen sei, dass die Eurogruppe am 28.11. die Einbeziehung privater Gläubiger in eine Restrukturierung der Schulden von insolventen Staaten nur entsprechend den Praktiken des Internationalen Währungsfonds vorgesehen habe.

Der EZB-Rat hielt in seiner Sitzung vom 02.12. das von der EU sowie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelte Stabilitätsprogramm für Irland für einen entscheidenden Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens im Eurogebiet.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/homeCom.do?language=EN&body=ECON> (PM EP)

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp101130.en.html> (Rede Trichet)

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2010/html/is101202.en.html> (Statement Trichet)

2. Krisenregelung für staatliche Beihilfen mit strengeren Auflagen verlängert

Die Kommission hat einer Verlängerung der krisenbedingten Sondervorschriften für staatliche Beihilfen bis Ende 2011 zugestimmt. Unternehmen in Schwierigkeiten sind von nun an vom Anwendungsbereich des Rahmens ausgeschlossen. Für den Finanzsektor gilt ab dem 01.01.11 die Vorschrift, dass jede Bank, die staatliche Unterstützung in Form von Kapital oder Entlastungsmaßnahmen für wertgeminderte Vermögenswerte benötigt, einen Umstrukturierungsplan vorlegen muss.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1636&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/temporary.html

3. Positive Wirtschaftsentwicklung in Europa

Die Herbstprognose der Kommissionsdienststellen geht von einer Fortsetzung des derzeitigen Wirtschaftsaufschwungs aus. Das BIP dürfte in den Jahren 2010-11 um rund 1¼ % steigen und 2012 bei 2 % liegen. Vor dem Hintergrund einer Verlangsamung der Weltwirtschaft und dem Beginn der Haushaltskonsolidierung dürfte sich die Wirtschaftstätigkeit bis Jahresende und im Jahr 2011 verlangsamen, um 2012 aufgrund einer stärkeren Nachfrage der Privathaushalte wieder anzuziehen. Für den Berichtszeitraum wird mit einer langsamen Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen sowie der Haushaltslage gerechnet. Die Arbeitslosenquote dürfte bis 2012 auf rund 9 % zurückgehen und die öffentlichen Defizite dürften auf rund 4¼ % des BIP fallen. Die Lage in den Mitgliedstaaten sei jedoch sehr unterschiedlich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1614&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2010_autumn_forecast_en.htm

4. Leichte Besserung des Geschäftsklimaindiktors im Euroraum im November

Der Indikator des Geschäftsklimas (BCI) für den Euroraum hat sich im November erneut verbessert, von 0,91 auf 0,96. Der BCI habe nun seinen höchsten Stand seit Dezember 2007 erreicht, was darauf schließen lasse, dass sich der Aufschwung in der Industrie während der kommenden Monate fortsetzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1617&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/surveys/index_en.htm

5. Wirtschaftliche Einschätzung weiter im Aufwind

Im November hat sich der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) sowohl in der EU als auch im Euroraum weiter verbessert. Der Indikator stieg kräftig und kletterte in der EU um 1,3 auf 105,2 Punkte und im Euroraum um 1,5 auf 105,3 Punkte. An diesen Ergebnissen hatten die überaus positiven Werte in Deutschland maßgeblichen Anteil.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1616&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Erzeugerpreise der Industrie im Euroraum im Oktober um 0,4% angestiegen

Der Erzeugerpreisindex der Industrie stieg im Oktober 2010 im Vergleich zum Vormonat im Euroraum (ER16) um 0,4% und in der EU27 um 0,5% an. Im September 2010 nahmen die Preise in beiden Gebieten um 0,3% zu. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat erhöhten sich die Erzeugerpreise im Oktober 2010 im Euroraum um 4,4% und in der EU27 um 4,5%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/181&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7. Absatzvolumen im Einzelhandel im Oktober im Euroraum um 0,5% gestiegen

Im Oktober 2010 stieg das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber September 2010 im Euroraum (ER16) um 0,5% und in der EU27 um 0,4%. Im September nahm der Einzelhandelsindex um 0,1% in beiden Gebieten ab. Gegenüber demselben Monat des Vorjahres erhöhte sich der Einzelhandelsindex im Oktober 2010 in beiden Gebieten um 1,8%. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, erhöhte sich das gesamte Einzelhandelsvolumen in acht Mitgliedstaaten und war in elf rückläufig. Die höchsten Zuwächse verzeichneten **Deutschland** (+2,3%), Belgien (+1,4%) und Schweden (+0,9%) und die stärksten Rückgänge die Slowakei (-2,8%), Lettland (-1,7%) und Malta (-0,8%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/183&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Rat unterstützt neue Energiestrategie für Europa 2011-2020

Die Mitteilung der Kommission „Energie 2020: Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie“ fand im Energierat am 03.12. breite Zustimmung, ebenso wie die Mitteilung zu den Energieinfrastrukturprioritäten bis 2020. Oberste Priorität müsse der Energieeinsparung zukommen, insbesondere im Verkehr und bei Gebäuden. Der Ansatz der Kommission zur Identifizierung von notwendigen Energiekorridoren wird unter dem Vorbehalt einer detaillierten Analyse der kommenden Gesetzgebung gebilligt. Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sei wichtig, doch müssten die Grundsätze der Subsidiarität und der Beteiligung auf nationaler Ebene beachtet werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/118215.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16303.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16096.de10.pdf> (Energie 2020)

2. Forschungsinfrastrukturen für Wind-, Solar- und Kernenergie

Forschungsminister der EU-Mitgliedstaaten und assoziierter Länder kündigten am 29.11. zusammen mit der Kommission drei neue europaweite Energieforschungsinfrastrukturen an. Geplant sind eine Einrichtung für Windenergie (Dänemark), ein Institut für konzentrierte Solarenergie (Spanien) und ein Kernforschungsreaktor (Belgien). Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf über 1,2 Mrd. EUR. Die Initiativen sind Teil des Fahrplans des Europäischen Strategieforums für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1615&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/research/infrastructures/index_en.cfm?pg=esfri

http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/set_plan_en.htm

3. Oettinger am 17.12. bei Preisverleihung von TechnologieRegion Karlsruhe

Der Innovationspreis der TechnologieRegion Karlsruhe wird in diesem Jahr zum Thema Energie vergeben. Prämiert werden Innovationen der Energieforschung, die einen bedeutenden Beitrag zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz erwarten lassen. EU-Energiekommissar Oettinger wird an der Preisverleihung teilnehmen.

<http://www.technologie-region-karlsruhe.de/forschung/neo2010.html>

c) Währung und Finanzen

1. Europäische Zentralbank hält Leitzins wie erwartet bei einem Prozent

Der EZB-Rat beschloss am 02.12., den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % zu belassen. EZB-Präsident Trichet begründete dies mit weiterhin geringem Inflationsrisiko und weiterem Wirtschaftswachstum. Experten der EZB gingen für 2010 von einem Wirtschaftswachstum im Eurogebiet von 1.6 bis 1.8 %, für 2011 von 0.7 bis 2.1 % und für 2012 von 0.6 bis 2.8 % aus. Die Inflationsrate liege 2010 voraussichtlich bei 1.5 bis 1.7 %, 2011 bei 1.3 bis 2.3 % und 2012 bei 0.7 bis 2.3 %. Der EZB-Rat schätze die Wirtschaftsentwicklung positiv ein. Das Geschäftvertrauen sei relativ hoch. Die Inflationserwartung liege mittelfristig beim Stabilitätsziel von unter aber nahe 2%.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr101202.de.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2010/html/is101202.en.html> (Statement Trichet)

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/eurosystemstaffprojections201012en.pdf> (Staff projections)

2. Europäische Zentralbank setzt Krisenmaßnahmen fort

Der EZB-Rat beschloss am 02.12., anders als noch vor einem Monat erwartet, neue Dreimonatstender mit unbegrenzter Zuteilung zum Satz des Leitzinses für den 26.01., 23.02. und 30.03. 2011. Mindestens bis 12.04. 2011 werden auch Monatstender zu denselben Konditionen durchgeführt.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr101202_1.en.html

3. Europäische Zentralbank verstärkt Ankauf von Staatsanleihen

In der Woche zum 26.11. erwarb die EZB für 1.3 Mrd. EUR Staatstitel. Der Gesamtbestand dieser Titel erreichte an diesem Tag 67.2 Mrd. EUR. Nach Presseberichten hat die EZB allerdings allein am 30.11. für 1.5 Mrd. EUR Staatstitel aufgekauft, der höchste jemals an einem Tag getätigte Ankauf im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte. Gegenstand seien nach Informationen aus Marktkreisen irische und portugiesische Staatsanleihen gewesen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2010/html/fs101130.de.html>

4. Echtheitsprüfung von Euro-Münzen

Der Rat verabschiedete am 29.11. nach Einigung mit dem EP in erster Lesung die Verordnung zur Echtheitsprüfung von Euro-Münzen und zur Behandlung von nicht für den Umlauf geeigneten Euro-Münzen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00038.de10.pdf>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Leichtere Scheidung von Ehen im Ausland

Die EU-Justizminister billigten am 03.12. Vorschriften, die bei internationalen Scheidungsfällen Rechtssicherheit bringen werden. Dies betrifft sowohl Ehepaare mit gemischter Staatsangehörigkeit, Ehepaare, die getrennt in verschiedenen Ländern leben als auch Ehepaare, die zusammen in einem anderen Land als ihrem Heimatland leben. Nach den neuen Vorschriften haben sie die Wahl, nach welchem Landesrecht sie sich scheiden lassen wollen. Die neuen Vorschriften werden im Wege der verstärkten Zusammenarbeit in 14 Mitgliedstaaten gelten (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Österreich, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien und Ungarn). Erforderlich sind noch die Zustimmung des EP und die förmliche Verabschiedung durch den Rat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1653&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice/news/intro/news_intro_en.htm

http://www.bmj.bund.de/enid/60c1077e7fd1fea7b9030b4e360b46f6.80a528706d635f6964092d0937343233093a0979656172092d0932303130093a096d6f6e7468092d093132093a095f7472636964092d0937343233/Pressestelle/Pressemitteilungen_58.html

2. Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren

Die EU-Justizminister haben am 03.12. nur vier Monate nach dem Vorschlag der Kommission, einen Gesetzesentwurf befürwortet, der Verdächtigen und Beschuldigten das Recht auf Belehrung in Strafverfahren zuerkennt. Personen, die einer Straftat verdächtigt werden, müssen in einer ihnen verständlichen Sprache über ihre Rechte belehrt werden. Die Kommission hat den Mitgliedstaaten ein Muster dieser Erklärung zur Verfügung gestellt, das in 22 EU-Sprachen übersetzt wird. Erforderlich ist noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1652&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12564.de10.pdf> (Vorschlag für Richtlinie)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14552-re01.de09.pdf> (Allgemeine Ausrichtung)

3. Bekämpfung von Menschenhandel und sexuellem Missbrauch von Kindern

Bei beiden Dossiers erzielten die EU-Justizminister am 03.12. eine Einigung. Beim Dossier Menschenhandel stimmte der Rat einer mit dem EP abgestimmten Textfassung zu, um eine Einigung in erster Lesung erreichen. Nach Bestätigung durch das EP im Dezember will der Rat rasch endgültig zustimmen. Beim Dossier sexuelle Ausbeutung von Kindern kamen die Minister zu einer allgemeinen Ausrichtung, so dass in Verhandlungen mit dem EP über eine Einigung in erster Lesung eingetreten werden kann.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118183.pdf (Council JHA)

4. Mediation in Familiensachen auf internationaler Ebene

Die EU-Justizminister nahmen am 03.12. die Ergebnisse eines vom belgischen Vorsitz veranstalteten Ministerseminars über die Mediation in Familiensachen auf internationaler Ebene in Fällen von grenzüberschreitenden Kindesentführungen durch einen Elternteil zur Kenntnis. Vorgeschlagen wird eine besondere Arbeitsgruppe im Europäischen Justiziellen Netz, um Möglichkeiten für eine Umsetzung zu eruieren.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118183.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16121.de10.pdf>

b) Inneres

1. Übermittlung von Fluggastdatensätzen an USA, Kanada und Australien

Der Rat verabschiedete am 02.03. ein Verhandlungsmandat wodurch die Kommission ermächtigt wird, Gespräche mit den USA, Kanada und Australien über eine Neuregelung der Weitergabe und Speicherung von Fluggastdaten zu führen. Bisher erhalten diese Länder alle Daten ohne Weiteres. In Zukunft sollen Informationen nur noch auf begründeten Antrag hin übermittelt werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118183.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13954.de10.pdf> (Mitteilung der Kommission)

2. Besserer Informationsaustausch über terroristische Bedrohungen

Die EU-Innenminister forderten am 02.12. in einer Entschließung die Mitgliedstaaten auf, sich gegenseitig so schnell wie möglich über jede Änderung in der nationalen Bedrohungslage zu unterrichten. Ferner sei das Lagezentrum der EU (SITCEN) zu informieren.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118175.pdf

3. Bekämpfung von Identitätsdiebstahl

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur Verhütung und Bekämpfung identitätsbezogener Straftaten und zum Identitätsmanagement, einschließlich der Begründung und Weiterentwicklung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. HIERZU GEHÖRT EINE Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und eine wirksame Beschwerdemöglichkeit für die Opfer.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118183.pdf (Council JHA)

4. Bekämpfung von Straftaten umherziehender krimineller Gruppen

Der Rat verabschiedete ferner Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Straftaten, die von mobilen (umherziehenden) kriminellen Gruppen begangen werden. Darin werden die Kommission und die Mitgliedstaaten ersucht, ein informelles Netzwerk von Kontaktpunkten einzurichten. Ferner werden Abhilfen wie das Schließen von Rastplätzen, das Registrieren von Schrotthandel und die Kennzeichnung von Wertgegenständen vorgeschlagen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118183.pdf (Council JHA)

5. Aktionsplan gegen illegalen Handel mit "schweren" Handfeuerwaffen

Der Rat verabschiedete einen Europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Handels mit sogenannten "schweren" Handfeuerwaffen, die für kriminelle Handlungen verwendet werden oder verwendet werden könnten. Damit soll der Handel und der Diebstahl etwa von Sturmgewehren, Maschinenpistolen und Raketenwerfern bekämpft werden. Lieferanten aus Südosteuropa seien in der Lage, auf einen Anstieg der Nachfrage nach diesen Waffen zu reagieren, da sich in dieser Region hohe Lagerbestände befänden. Angestrebt wird eine Verschärfung der polizeilichen und administrativen Kontrollen der verschiedenen potenziellen Herkunftswege des illegalen Handels mit sogenannten "schweren" Handfeuerwaffen sowie die Ausarbeitung einer Strategie zur Verhütung des Diebstahls solcher Feuerwaffen;

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16427.de10.pdf>

6. Kommende Ratsvorsitze für einheitliches Asylsystem bis 2012

Damit die Zielvorgabe 2012 im Bereich Asyl eingehalten werden kann, verpflichten sich die vier künftigen Vorsitze (Ungarn, Polen, Dänemark und Zypern) nachdrücklich, gemeinsam und kohärent auf eine Einigung über die noch ausstehenden Rechtsinstrumente hinarbeiten. Ferner sagen die vier künftigen Vorsitze fest zu, die Bemühungen um die Verwirklichung der Zielvorgaben des Stockholmer Programms für legale Einwanderung, Grenzschutz und Bekämpfung der illegalen Einwanderung sowie um die Umsetzung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage effizient fortzusetzen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st17/st17223.de10.pdf>

7. Verhandlungen zu neuem Datenschutzabkommen mit USA

Die Kommission hat von den EU-Justizministern grünes Licht für die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Datenschutzabkommen mit den USA erhalten. Das Abkommen soll regeln, wie personenbezogene Daten von den zuständigen Behörden in der Union und in den USA übermittelt und verarbeitet werden. Ziel ist der umfassende Schutz von personenbezogenen Daten wie Fluggastdaten oder Finanzauskünften, die bei der Zusammenarbeit in Strafsachen ausgetauscht werden. "Der Schutz personenbezogener Daten ist ein Grundrecht der Bürger der Europäischen Union. Um dieses Recht zu garantieren, müssen wir diesseits wie jenseits des Atlantiks beim Datenschutz strenge Maßstäbe anlegen", betonte Justizkommissarin Viviane Reding.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9604_de.htm

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/118183.pdf (Council JHA)

VIII. Umwelt

EU für ehrgeizige Ziele auf UNO-Klimakonferenz von Cancún (Mexiko)

Zum Auftakt der zweiwöchigen Konferenz am 29.11. setzte sich die EU für ein ausgewogenes Paket an Beschlüssen ein, das den Boden bereitet für die möglichst baldige Schaffung eines rechtsverbindlichen globalen Rahmens und zugleich sofortige praktische Klimaschutzmaßnahmen beinhaltet. Als weltweit führende Geldgeberin wird die EU in Cancún umfassend und transparent über ihre Anschubfinanzierung für Entwicklungsländer berichten. Über die verschiedenen Investitionsfazilitäten finanziere die EU mit insgesamt 7 Mrd. EUR Klimaschutzprojekte in ihren Partnerländern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1620&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/627&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/clima/policies/international/cancun_en.htm

IX. Verkehr

1. Abkommen zum „Funktionalen Luftraumblock Zentraleuropa“

Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz haben am 02.12. ein Übereinkommen zur Schaffung des „Funktionalen Luftraumblocks Zentraleuropa“ (FABEC) unterzeichnet. Im FABEC werden mit etwa 5,5 Millionen Flügen pro Jahr mehr als die Hälfte (55 %) aller europäischen Flugbewegungen abgewickelt. Sein Gebiet umfasst 1,7 Millionen Quadratkilometer. Er ist das Herzstück des künftigen einheitlichen Luftraums („Single European Sky“). Der FABEC-Staatsvertrag muss noch in den sechs Vertragsstaaten ratifiziert werden. Im Jahr 2012 soll der FABEC offiziell an den Start gehen. Durch dieses Abkommen wird der dritte funktionale Luftraumblock nach Einrichtung des FAB Vereinigtes Königreich–Irland und des FAB Dänemark–Schweden geschaffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1648&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.fab-europe-central.eu/>

http://ec.europa.eu/transport/air/single_european_sky/functional_airspace_blocks_en.htm

2. Europäischer Aktionsplan zur Erhöhung der Luftfrachtsicherheit

Die Kommission stellte am 02.12. auf den Ratstagungen „Verkehr“ und „Inneres“ einen europäischen Aktionsplan zur Erhöhung der Luftfrachtsicherheit vor. In Vorbereitung ist eine Auflistung von unsicheren Drittstaatenflughäfen nach einem abgestuften System - je nach Einschätzung der Sicherheitsstandards vor Ort. Es sollen verschiedene Kategorien entwickelt werden, die dann zu unterschiedlichen Kontrollen für die auf dem jeweiligen Flughafen verladene Luftfracht führen. Flughäfen mit besonders schlechten Sicherheitsstandards sollen auf eine "schwarze Liste" gesetzt werden. Von diesen Flughäfen soll ggf. gar keine Luftfracht mehr in die EU entsandt werden. Auf internationaler Ebene sollen insbesondere über die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), Standards entwickelt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1651&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/118215.pdf (Council Transport)

http://www.bmi.bund.de/cln_183/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2010/ohneMarginalspalte/12/ji_rat.html?nn=303936

3. Grenzüberschreitende Verfolgung von Verkehrsdelikten erleichtert

Die EU-Verkehrsminister billigten am 02.12. einen Vorschlag wonach ein Netz für den elektronischen Datenaustausch eingerichtet wird, über das der Kraftfahrzeughalter ermittelt werden kann. Sind Name und Anschrift des Halters bekannt, erhält dieser einen Deliktsbescheid. Es obliegt dem Mitgliedstaat, in dem das Delikt begangen wurde, für die Übersetzung des Schreibens zu sorgen, das in der Sprache der Zulassungspapiere des Fahrzeugs verschickt wird. Erfasst werden Geschwindigkeitsübertretungen, Fahren unter Alkoholeinfluss, Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes, Überfahren eines roten Stopplichts, Nichttragen eines Schutzhelms, Telefonieren am Steuer und die unzulässige Nutzung von Standstreifen. Das EP wird im Frühjahr abstimmen. Die Umsetzungsfrist beträgt zwei Jahre.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1646&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/road_safety/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/642&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Einigung über Passagierrechte im Busverkehr

Rat und EP einigten sich am 01.12. im Vermittlungsverfahren auf einen Kompromiss bei den Rechten für Busreisende. Im Fernverkehr (über 250 km) stehen nicht beförderten Fahrgästen bei Bedarf zwei Hotelübernachtungen bis zu einem Höchstbetrag von 80 EUR pro Nacht zu. Bei Verspätungen von über 120 Minuten gegenüber der erwarteten Abfahrtszeit, bei Annullierung einer Fahrt und wenn der Betreiber dem Fahrgast keine Umbuchung oder Rückerstattung anbietet, kann eine Entschädigung von 50 % des Fahrpreises beantragt werden. Für alle Strecken, auch unter 250 km, gelten Informationspflichten der Betreiber. Ferner muss eine Beschwerdemöglichkeit geschaffen werden. Das Vermittlungsergebnis muss von Rat und EP noch förmlich bestätigt werden. Die Abstimmung im EP ist für Februar vorgesehen.

sind abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1639&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/transport/passenger-rights/>

5. Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums

Die EU-Verkehrsminister erörtern in ihrer Sitzung am 02./03. den Bereich angemessene Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur und Wegeentgelte im Vorschlag für eine Neufassung des ersten Eisenbahnpakets. Die Beratungen sind noch im Anfangsstadium. Die meisten Delegationen unterstützen die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, eine "Strategie für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur" vorzulegen. Umstritten sind lärmabhängige Wegeentgelte, die vorübergehende Herabsetzung der Wegeentgelte für Züge, die mit einem Europäischen Zugsteuerungssystem (ETCS) ausgerüstet sind und die Koordinierung grenzübergreifender Entgelterhebung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/118215.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16308.de10.pdf> (Sachstandsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13789.de10.pdf> (Arbeitsdokument der Kommission)

6. Zugang zum öffentlich-staatlichen Dienst von Galileo

Ziel dieses Vorschlags ist die Schaffung eines Rechtsrahmens für einen der fünf Dienste, die die europäischen Satellitenprogramme bereitstellen werden. Der Anhang der Verordnung (EG) Nr. 683/2008 über die weitere Durchführung der europäischen Satellitenprogramme (EGNOS und Galileo) enthält nämlich das spezifische Ziel der europäischen Satellitenprogramme, einen öffentlich-staatlichen Dienst ("Public Regulated Service") bereitzustellen, der ausschließlich staatlich autorisierten Benutzern für sensible Anwendungen, die eine hochgradige Dienstkontinuität verlangen, vorbehalten ist. Im Rat Verkehr am 02./03.12. unterstützten alle Mitgliedstaaten dieses Ziel. Uneinigkeit bestand aber beim Schutz sensibler Informationen, bei Mindeststandards für den Zugang und bei der Rolle der Kommission in der Durchführung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/118215.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16265.de10.pdf> (Sachstandsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16265-co01.de10.pdf>

7. Qualitätsstandards für Luftverkehrskontrolle angemahnt

Die Kommission berichtete den EU-Verkehrsministern am 02.12., dass noch vor Ende des Jahres Qualitätsstandards für Navigationsdienste im Rahmen der Initiative „Single European Sky“ (Einheitlicher Europäischer Luftraum) angenommen werden müssen. Die Mitgliedstaaten würden auf der nächsten Sitzung des SES-Ausschusses um Zustimmung ersucht,

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/118215.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st17/st17246.en10.pdf>

8. EU auf Krisen im Luftverkehr schlecht vorbereitet

In einer Auswertung der Erfahrungen mit dem Ausbruch eines isländischen Vulkans zu Beginn des Jahres kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass die Krisenvorbereitung gering ist, die Koordination zwischen den Unternehmen und zwischen den Mitgliedstaaten mangelhaft ist und dass das Informationsmanagement den Anforderungen nicht genüge. Die Kommission will nach Anhörung interessierter Kreise konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeiten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st16/st16879.en10.pdf>

9. EU und Georgien unterzeichnen Luftverkehrsabkommen

Die EU und Georgien haben am 02.12. am Rande der Tagung der EU-Verkehrsminister ein umfassendes Luftverkehrsabkommen unterzeichnet, das zu einer Öffnung und Integration der beiden Märkte, einer intensiveren Zusammenarbeit und neuen Chancen für Verbraucher und Luftfahrtunternehmen führen wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1658&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/air_portal/international/index_en.htm

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit aufgewertet

Die Kommission hat einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 460/2004 zur Errichtung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (nachstehend als "ENISA" bezeichnet) wonach der für März 2012 vorgesehene Endtermin um 18 Monate hinausgeschoben wird. Damit soll eine Lücke bis zum Inkrafttreten eines neuen Mandats vermieden werden. Außerdem hat die Kommission einen Vorschlag für ein neues modernisiertes Mandat für die ENISA vorgelegt. Diese Initiative ist in der Digitalen Agenda für Europa¹ enthalten. Hierzu gehört, dass die ENISA als Schnittstelle zwischen den Cybersicherheitsexperten und den an der Bekämpfung der Cyberkriminalität beteiligten Behörden dienen sollte. Beide Vorschläge wurden am 03.12. von den Telekommunikationsministern begrüßt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/118215.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16835.de10.pdf> (Sachstand)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14322.de10.pdf> (Bestehensdauer ENISA)

2. Investition in ein internetgestütztes Wachstum

Die Kommission legt in ihrer Mitteilung "Europäische Breitbandnetze: Investition in ein internetgestütztes Wachstum" einen Rahmen für die Verwirklichung der Breitbandziele der Digitalen Agenda dar. Insbesondere wird in der Mitteilung umrissen, wie öffentliche und private Investitionen in schnelle und ultraschnelle Breitbandnetze am besten gefördert werden können. Die EU-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, operative Breitbandpläne für Hochgeschwindigkeits- und Ultrahochgeschwindigkeitsnetze mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen einzuführen. Die EU-Telekommunikationsminister begrüßten am 03.12. diese Mitteilung und ersuchten die Kommission, bis 2011 in Zusammenarbeit mit der EIB und den Mitgliedstaaten einen Vorschlag zur Unterstützung der Breitbandfinanzierung vorzulegen

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16836.de10.pdf>

3. Kommission für Einführung der elektronischen Rechnungsstellung bis 2010

Nach der Mitteilung vom 02.12. soll die elektronische Rechnungsstellung zur vorherrschenden Fakturierungsmethode werden. Prioritär sei die Sicherstellung eines kohärenten Rechtsrahmens. Die Kommission werde im Jahr 2011 eine Überarbeitung der Richtlinie über elektronische Signaturen vorschlagen. Das Europäische Komitee für Normung (CEN) soll einen Verhaltenskodex entwickeln, der eine einheitliche Terminologie festlegt und Rollen und Zuständigkeiten der in die elektronische Rechnungsstellung involvierten Akteure eindeutig definiert. CEN soll auch Durchführungsleitlinien für ein branchenübergreifendes Rechnungsdatenmodell (Cross-Industry Invoice) aufstellen. Die Mitgliedstaaten werden ersucht, bis Juni 2011 nationale Stakeholder-Foren zu bilden. Die Kommission wird ein Forum auf europäischer Ebene berufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1645&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/payments/invoicing/index_de.htm

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/ict/e-invoicing/index_de.htm

XI. Sonstiges

Soziale Sicherheit in der EU

Der Leitfaden „Die EU-Bestimmungen über die soziale Sicherheit“ enthält aktuelle Informationen, um EU-Bürgern, die sich innerhalb der Europäischen Union bewegen, über ihre Sozialleistungsansprüche aufzuklären. Die Broschüre steht als PDF kostenlos auf der Seite der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit zur Verfügung oder kann im EUBookshop bestellt werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=486&visible=1>